

# Volkswacht.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Postzeitungs-Katalog Nr. 5540.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil: Fritz Kunert, Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Die „Schlesische Volkswacht“ ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post, durch Colporteurs zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf.

Donnerstag, 22. Januar 1891.

Die „Schles. Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal. Der Inseratenpreis für die 5 gespaltene Zeitspalte beträgt 20 Pf.

## Die Lage des Bergbaus und der Bergverwaltung in Preußen

behandelt einen Bericht, den die Regierung dem Landtage unterbreitet hat. Derselbe enthält manches Allgemeinwichtige und für Alle, welche die Bedeutung der Arbeiterbewegung erkannt haben, besonders Interessante.

Der Bericht erstreckt sich auf das Jahr 1889; er hebt in seinem Eingange hervor, daß der kräftige Wiederaufschwung, den die Bergwerks-Industrie seit dem Schlusse des Jahres 1887 genommen, während des ganzen Berichtsjahres fortgebauert habe. Nicht minder günstig sei die Lage der berg- und hüttenmännischen Arbeiterbevölkerung. Insbesondere hatte naturgemäß die allgemeine Aufwärtsbewegung der Industrie fast überall eine wesentliche Verstärkung der Belegschaften und damit vermehrte Arbeitsgelegenheit zur Folge, während gleichzeitig namentlich aber unter Nachwirkung der großen Arbeiter-Ansstände, die Löhne eine mehr oder minder beträchtliche Erhöhung erfuhren, trotz zum Teil erheblich verkürzter Arbeitszeit und demgemäß gesunkener Durchschnittsleistung.

Unser Leser werden wahrscheinlich sehr überrascht sein. Die Lage der berg- und hüttenmännischen Bevölkerung ist nach der Behauptung der betreffenden Behörden also „günstig“.

Wer da glauben sollte, daß die Behörden sich bemühen, die Lage dieses großen und seiner Arbeitsleistungen wegen ungemein wichtigen Teiles unserer Bevölkerung falsch darzustellen, würde sich — soweit es sich um die Hauptsache handelt — irren.

Der Bericht bringt Zahlen, die dafür Zeugnis ablegen, daß die Berichterstatter die Sachlage genau so darstellen wollen, wie sie ist.

An die Mitteilungen über die Gesamtzahl der beim Bergbau durchschnittlich beschäftigt gewesenen Arbeiter schließen sich Angaben über den „reinen Jahresverdienst der Arbeiter.“

Darnach waren im Dortmunder Bezirk — dem größten preussischen Bergbau-Distrikt — beschäftigt 119 045 Arbeiter, 9834 mehr als im Vorjahre, im Breslauer 76 118 Arbeiter, 4261 mehr, im Bonner 70 050, 2501 mehr, im Haller 39 621, 1745 mehr, im Klausthaler 9834 6 mehr, im Ganzen 314 171 Arbeiter und 18 347 mehr als im Vorjahre.

Aus dem sehr bedeutenden Zuwachse, den die Zahl der Bergarbeiter aufzuweisen hat, ist allerdings mit gutem Grund zu folgern, daß die Lage des Bergbaus in Preußen während des vergangenen Jahres eine vortheilhafte gewesen ist.

Wie steht es nun aber mit dem Lohn der Bergarbeiter?

Im Oberbergamtsbezirk Dortmund betrug 1889 der reine Jahresverdienst der Arbeiter 941 M. gegen 863 M. im Vorjahre, beim Steinsalzbergbau im Halle'schen Bezirk 954 gegen 920 M.; auf den Staatswerken bei Saarbrücken 933 gegen 842 M.; beim Halle'schen Kupferschieferbergbau 802 gegen 757 M.; beim Halle'schen Braunkohlenbergbau 682 gegen 653 M.; in Niederschlesien 682 gegen 630 M.; beim staatlichen Erzbergbau im Oberharz 603 gegen 592 M.; beim Steinkohlenbergbau in Oberschlesien 575 gegen 516 M.

Diese Zahlen sprechen in der That für eine ziemlich allgemeine Lohnsteigerung. Berücksichtigt man jedoch die Kosten der notwendigen Jahresbedürfnisse, die selbst bei einer Durchschnittsfamilie als die unentbehrlichsten

bezeichnet werden müssen, so erweist sich als ganz unzweifelhaft, daß auch da, wo die höchsten Bergarbeiterlöhne gezahlt werden — im Oberbergamtsbezirk Dortmund — diese Löhne bei Weitem noch nicht zur kulturwürdigen Befriedigung der geistigen und körperlichen Bedürfnisse hinreichen.

Und daß Jahreslöhne unter 700 Mark, wie sie die große Mehrheit der preussischen Bergarbeiter, empfangt, wahre Hungerlöhne sind, darüber besteht doch kein Streit.

Der Bericht hätte also, wenn er den von ihm selbst angegebenen Zahlen gerecht werden wollte, offen zugestehen müssen:

Die Löhne der preussischen Bergarbeiter sind durchweg unzureichend, zum größten Teil sogar über die Maßen schlechte.

Der Bericht findet jedoch nicht nur den erhöhten Arbeitsverdienst des Jahres 1889 „günstig“, sondern fügt die gemüthliche Bemerkung hinzu, daß die wirtschaftliche Lage der preussischen Berg- und Hüttenarbeiter schon vor den Ausständen nirgends als ungünstig zu bezeichnen und der Gesundheitsstand der Arbeiter fast durchweg gut gewesen sei.

Das heißt mit den Tatsachen unspringen! 503 Mark, 592, 603, 652 Mark „reiner“ Jahresverdienst für die Arbeiterfamilie, d. h. auf den Kopf 100—130 Mark jährlich oder 27 bis 36 Pfennig pro Tag.

In der That gar nicht ungünstig! Im Gegenteil, ganz vortrefflich zu hübsch langsamem Fortkommen und Verhungern!

Und da streifen diese ewig unzufriedenen Arbeiter! Was soll da so ein armer Bergwerks- oder Generaldirektor machen, der zwar 20 000 Mark und zuweilen noch viel mehr jährlich einnimmt, aber dabei das Pech hat, wenigstens hundertmal so hohe Anforderungen an Leben stellen zu müssen, wie diese im Grunde viel glücklicheren, bei Kartoffeln und Schnaps urfidelen Arbeiter!

Die Leser der „Freien Presse“ werden dem Schreiber dieser Zeilen, der im Winter 1870 als Abgesandter der Internationalen Arbeiterassoziation beim großen Waldburger Streik das furchtbare Elend der schlesischen Bergarbeiterfamilie aus allernächster Nähe gesehen und mit erlebt hat, das bischen Galgenhumor zu Gute halten!

Zwei volle Jahrzehnte sind seit jener Zeit verstrichen und noch jetzt wird die Lage der preussischen Bergleute nur dann ein klein wenig besser, wenn Hunderttausende von ihnen — Helden der Arbeit und Märtyrer des Darbens — auf einen Schlag die sonst unermüdlich fleißigen Hände in den Schoß legen und den Herren, die solche „günstigen“ Berichte zu verfassen die Stirn haben zurufen:

Wir wollen viel lieber ein Ende mit Schrecken heraufbeschwören über uns und die Unsern, als noch länger unsere schwere, gefahrvolle und unentbehrliche Arbeit mit nichts Besserem lohnen zu lassen, als mit dem Schrecken ohne Ende.

Nun, das Eine ist hauptsächlich zu loben an dem Bericht, — daß er die Wirkungen des Niesenstreiks vom Mai des vergangenen Jahres offen eingesteht:

Die preussischen Bergleute haben unter der heldenhaften Führung der wirtschaftlich widerstandsfähigsten unter ihnen — unter Führung der rheinischen Knappen — sich eine Lohnerhöhung schwer und opfervoll erkämpft.

Ein Schritt, wenn auch ein kleiner, ist wieder

vormwärts getan! — Wir wünschen und wollen mit allen Kräften dafür wirken helfen, daß in nicht all zu langer Zeit ein zweiter größerer nachfolge. Glückauf!

## Neues zum internationalen Arbeiter-Sekretariat.

(Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.)

M. Kt. Die „Schlesische Volkswacht“ brachte uns längst ihren Lesern die Uebersetzung eines sehr wichtigen Schreibens des englischen Gasarbeiter- und Arbeiter-Syndikats an die französischen Parteigenossen, das dem dringenden Bedürfnis einer internationalen Organisation der gesamten Arbeiterklasse Ausdruck giebt. In diesem Briefe wurden die französischen Brüder aufgefordert, einen internationalen Arbeiter-Sekretär für Frankreich zu ernennen, an den sich die streikenden Arbeiter der übrigen Länder wenden können. In Frankreich ist denn auch der erste Schritt zur Realisirung dieses hochbedeutenden Vorschlages getan worden. Der Nationalrat der Arbeiterpartei hat den Genossen Delcluze zu diesem wichtigen Posten gewählt und Paul Lafargue beauftragt, die Ernennung bekannt zu geben. Wir übersetzen hier das Schreiben, das Lafargue in dieser Angelegenheit an das Gasarbeiter und Arbeiter-Syndikat gerichtet hat.

Paris, den 7. Januar 1891.

Werte Genossen!

Wir waren sehr erfreut, als wir Ihren Brief erhielten, der uns beweist, welches Interesse Ihre mächtige Trades-Union der internationalen sozialistischen Bewegung entgegenbringt.

Mit großer Aufmerksamkeit sind wir Ihren gewaltigen Streiks gefolgt, aus denen Sie triumphierend hervorgegangen sind durch den Geist der Solidarität und durch die unbeugbare Energie in Ihren Reihen.

Das arbeitende England hat uns jüngst ein Probestück seiner internationalen Solidarität geliefert, als die Arbeiter von Nottingham den Streikenden in Calais zu Hilfe kamen, die dank Ihrem moralischen und materiellen Beistande den Sieg über die Unternehmer davontrugen.

Dieser Streik hat in Frankreich großen Eindruck gemacht; er hat gezeigt, daß die Arbeit immer Siegerin sein wird, wenn sie bei ihren Kämpfen gegen das Kapital den Beistand der Arbeiter aller Länder hat.

Das Einführen fremder Arbeitskraft ist eine Frage, die uns noch näher angeht als Sie. Wir haben noch mehr darunter zu leiden. Im Süden führen die Kapitalisten Italiener und Spanier ein, im Nordosten Belgier und Deutsche; und der fremde Arbeiter wird nur dazu benutzt, die Löhne herabzudrücken. Als wir vor zehn Jahren hier die sozialistische Agitation begannen, welche nach der Niederlage der Kommune und dem Pariser Blutbad für einige Zeit geruht hatte, da fanden wir, daß glühendster Haß zwischen den französischen und ausländischen Arbeitern herrschte, ein Haß, der etwa dem zwischen den englischen und irischen Arbeitern zu vergleichen ist, welche die Kapitalisten von Manchester und vielen anderen Städten herangezogen hatten, um die Löhne herabzudrücken und die Arbeitszeit zu verlängern. Wir bemühten uns, diesen törichten Haß zu bekämpfen und un-

tere Genossen aufzuklären; sie möchten ihren Zorn vor allen Dingen gegen die Ausbeuter kehren, die fremden Arbeiter schüzen und die Unternehmer zwingen, ihnen denselben Lohn zu zahlen wie den französischen Arbeitern. Wir haben dies auch in einem Artikel unseres Programms zur Pflicht gemacht.

Es steht fest, daß unser Bemühen Früchte gezeitigt hat; überall beginnt der Geist der Brüderlichkeit an die Stelle gehässiger Gefühle zu treten. In Städten wie Marseille, wo zwischen Italienern und Franzosen häufig Schlägereien stattfanden, in denen Messer und Revolver eine Rolle spielten, haben die Arbeiter beider Nationen sich ganz im Gegensatz zu früher an der Feier des 1. Mai und bei anderen Manifestationen gemeinsam beteiligt, zum großen Entsetzen der Kapitalisten, die den Haß unter den Arbeitern nur schürten, um sie besser ausbeuten zu können.

Ihr Brief, Genossen, unterstützt uns bei unserem Versöhnungswerk; mit Freude haben wir Ihren Vorschlag angenommen. Unser Freund Deichgräbe ist zum Sekretär der nationalen Vereinigung der Arbeiter-Syndikate in Frankreich ernannt, als derjenige Parteigenosse, an den man sich bei Streiks oder Zwistigkeiten zwischen Kapital und Arbeit zu wenden hat, wenn das Einführen französischer Arbeiter verhindert werden soll.

Bevor ich meinen Brief schließe, habe ich noch das Vergnügen, Ihnen mitzuteilen, daß die Fabrikarbeiter von Marseille einen internationalen Kongress abhalten werden, um die Bestrebungen aller Arbeiter in allen Hafenstädten des Mittelmeers zu vereinigen.

Mit Brudergruß

Im Auftrage des Nationalrats  
Paul Lafargue.

### Deutschland.

Berlin. Eine Herabsetzung der Telegrammgebühren vom 1. Februar ab wird durch eine Verordnung des Reichskanzlers von Caprivi im „Reichsanzeiger“ mitgeteilt. Die betreffende Verordnung hat folgenden Wortlaut: „Der Absatz I § 9 der Telegraphen-Ordnung für das Deutsche Reich vom 19. August 1880, wonach die Telegrammgebühr auf 6 Pfg. für das Wort mit einem Mindestbetrage von 60 Pfg. für das Telegramm festgesetzt ist, wird vom 1. Februar d. J. ab wie folgt abgeändert: Für das gewöhnliche Telegramm wird auf alle Entfernungen eine Gebühr von 5 Pfennige für jedes Wort, mindestens jedoch der Betrag von fünfzig Pfennigen erhoben.“

Was die Apothekerprivilegien kosten, kann man aus folgendem Zahlenverhältnis ersehen, das uns von Sachkundigen mitgeteilt wurde. In einer kleinen Fabrik-Frankenliste belief sich die Jahresrechnung des

Arztes auf 800 Mark, des Apothekers auf 1800 Mark! Nach sachverständiger Abschätzung bleiben dem Apotheker an 1800 Mark Einnahmen mindestens 1200 Mark Bruttogewinn! Wie viel Zentner Himbeersaft und Lakritzsaft und ähnliche „Nichtse“ dabei mit 200 bis 300 Prozent Gewinn dem Kranken verabreicht wurden, entzieht sich vorläufig unserer Berechnung; voraussichtlich wird jedoch in nächster Zeit irgend eine freie Hilfskasse sich der Arbeit unterziehen und die Rezepte auf ihren Drogenwert abtaxieren lassen und werden die Vorstände dann auch sehen, für was für Dinge das Geld ausgegeben wird.

Die Zölle. Folgende Tabelle möge einen Begriff von den Wirkungen der Zölle geben. Es ergaben im Jahre 1888 (die Zahlen sind abgerundet):

Der Tabakzoll . . .	38 1/2	Millionen Mark
„ Kaffeezoll . . .	46	„
„ Reiszoll . . .	3 1/2	„
„ Petroleumzoll . . .	87 1/2	„
die Holzölle . . .	10 1/2	„
„ Viehzölle . . .	5	„
„ Getreidezölle . . .	57	„
der Schmalzoll . . .	3	„
„ Seringezoll . . .	3	„
„ Gewürzölle . . .	3	„

Berlin. Hier fanden zwei kolossal besuchte Versammlungen arbeitsloser Männer statt, in welchen Protest erhoben wurde gegen die Einrichtungen einer Gesellschafts-Ordnung, die es einer großen Anzahl im besten Alter stehender kräftiger Personen unmöglich machen, Arbeit und damit Brot für sich und ihre Familien erwerben zu können. Die Versammlung erklärte, daß die Arbeitslosigkeit nicht herbeigeführt wird durch die Ungunst vorübergehender Verhältnisse, sondern daß sie eine dauernde Begleiterkrankung der heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsweise ist und sein muß, daß also schon aus Gründen der Selbsterhaltung der Arbeiterklasse die Umwandlung der heutigen privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung in die sozialistische gefordert und vorbereitet werden muß. Für den Augenblick richtet die Versammlung an die öffentlichen Behörden die dringende Aufforderung, Schritte zur Milderung der Katastrophe zu tun; sie weist von vorn herein jedoch jedwede Hilfe, die den Charakter einer Armen-Unterstützung tragen könnte, energig zurück.

Ein zweiter Beschluß ging dahin: sich den bestehenden Arbeiter-Organisationen anzuschließen; für bessere Löhne und Arbeits-Bedingungen einzutreten.

Sodann wurde u. A. noch beschlossen, die sozialdemokratische Fraktion aufzufordern, für die Beseitigung der Lebensmittelzölle einzutreten und den Magistrat aufzufordern, den Kofespreis herabzusetzen. — Abgelehnt wurde fast einstimmig der Antrag, eine Deputation an den Polizeipräsidenten zu senden, um die Erlaubnis zu einer großen Straßendemonstration zu erbitten. Dagegen sollen die gefassten Beschlüsse dem Bundesrat eingereicht und ferner sollen in nächster Zeit weitere Versammlungen arbeitsloser Arbeiter und Arbeiterinnen einberufen werden.

In der einen Versammlung wurde die Zahl der

gegenwärtig in Berlin Arbeitslosen auf 62 000 angegeben.

Beim Landgericht II in Berlin sollten wieder einmal zwei Sozialistenprozesse verhandelt werden. Die Angeklagten Matthes und Genossen und Reifner und Genossen waren wegen unerlaubter Verbreitung von Wahlflugblättern im Kreise Niederbarnim unter Mithilfe gestellt, von der Strafkammer jedoch freigesprochen worden, weil dieselbe annahm, daß alle die Verbreitung von Druckchriften beschränkenden Bestimmungen bei Wahlflugblättern während der Wahlkampagne außer Betracht bleiben müßten. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hat das Reichsgericht diese Rechtsanschauung verworfen, die freisprechenden Erkenntnisse vernichtet und die beiden Sachen zur erneuten Verhandlung an dieselbe Strafkammer zurückverwiesen. In der Mittwoch-Sitzung trug nun der Vorsitzende vor Beginn der Verhandlungen dem Gerichtshofe, der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung vor, daß es besser sei, die Sachen von vorn herein auf unbestimmte Zeit zu vertagen, denn wenn auch der erste Anlaß zur Freisprechung durch die Entscheidung des Reichsgerichts hinfällig geworden sei, so kämen doch noch zwei andere prinzipielle Fragen in Betracht. Die erste Frage sei die, ob das Sozialistengesetz nach dem 1. Oktober noch anwendbar sei; die zweite Frage betreffe den strafbaren Dolus. Der Polizeipräsident von Berlin habe eine solche Verfügung, wie dies der Regierungspräsident getan, für die Wahlzeit nicht erlassen. Da die Angeklagten in Berlin wohnen, so konnten dieselben der Meinung sein, die Verbreitung von Wahlflugblättern sei erlaubt. Das würde ihnen zu Gute kommen. Da nun beide Fragen von verschiedenen Gerichtshöfen verschieden beantwortet worden seien, so unterlägen dieselben jetzt ebenfalls der Entscheidung des Reichsgerichts. Eine solche Entscheidung sei bisher nicht bekannt geworden; es empfehle sich aber, eine solche abzuwarten und deshalb beide Sachen zu vertagen. Im allseitigen Einverständnis wurde hierauf die Vertagung beschlossen.

Wegen öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze waren vor dem Berliner Landgericht I der Zigarrenhändler und Stadtverordnete Otto Klein, der Schlosser Franz Wegner und der Ladierer Oskar Schüller angeklagt. Dieselben sollen die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten Berlins und Umgegend in mehreren Versammlungen aufgefordert haben, sich an dem für den 1. Mai v. J. proklamirten Arbeitersfeiertag zu beteiligen. Die Anklage erblickt hierin eine „Aufforderung zum Kontraktbruch“, da die in den königlichen Werkstätten beschäftigten Arbeiter nicht beliebig aufhören dürfen, sondern an eine 14tägige Kündigungsfrist gebunden sind. Die Beschuldigten bestritten, von dieser Kündigungsfrist etwas gewußt zu haben. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung, da die Anklage nur auf eine Verletzung solcher Gesetze anzuwenden sei, welche ein bestimmtes Gebot oder Verbot zum Schutze des Staates betreffen.

Ein durch Pilsnigist hervorgerufener Todesfall sei zur Warnung hier mitgeteilt. Eine in Berlin wohnhafte Tischlerfrau hatte Karpfen gekauft und das

### Der Zug der Zeit.

Erzählung aus der jüngsten Vergangenheit von  
A. Schröder.

6) (Nachtr. verb.)

„Na, Onkel, ich kann nicht sagen, daß mich Deine Auseinandersetzung ganz befriedigt hat,“ erwiderte die Zuhörerin. „Sieht es nicht ein wenig, in welchem man das etwas ausführlicher lesen kann?“

„Nein, Kind, das wird es wol nicht geben, ich wenigstens kenne keine.“

„Sind die Sozialdemokraten denn wirklich so schlimm, daß man sie durch ein Gesetz unterdrücken muß?“

„Sie wollen mehr verdienen und weniger arbeiten, überhaupt mehr gelten, und das geht eben nicht; dabei würden Industrie und Handel und Landwirtschaft zu Grunde gehen.“

„Es muß doch wol noch etwas mehr sein, Onkel; denn deswegen kann man sie doch nicht gesetzlich unterdrücken. Nach größerem Besitz und größerem Einfluß streben ja die allermeisten Menschen.“

„Ja, siehst Du, Emma, das verstehst Du nicht; das ist auch nichts für Dich. Das überlasse nur getrost den Gesetzgebern; die wollen das schon in Ordnung bringen.“

„Aber, Onkel, ich möchte das eben gern verstehen lernen. Du hast mich so manches lernen lassen, und da empfinde ich es doppelt unangenehm, daß ich dem, wovon alle Leute sprechen, von dem ich ja selbst die Lehren empfangen, ganz verstandlos gegenüber-

stehe. Kannst Du mir nicht einmal eine verbotene sozialdemokratische Schrift besorgen? Ich höre, in Arbeiterkreisen kursieren solche Bücher und Broschüren in Menge; da wirst Du wol auch ein Exemplar für mich austreiben können. Bitte, Onkel Emil, versuche es einmal; ich brenne vor Neugierde, daß ich kaum noch schlafen kann.“

„Was sieht Dich an, Mädchen? Wie sollte ich wol das machen können? Und wenn ich es könnte, ich täte es nicht. Das ist keine Lektüre für junge Mädchen.“

„Bitte, Onkel, ich bin kein Mädchen mehr; ich bin mündig und habe, so meine ich, ein Recht, das zu kennen, über das alle Welt spricht. Ich verschaffe mir doch einige der Bücher, wenn nicht durch Dich, dann auf einem anderen Wege, und sollte ich selbst mein Dienstmädchen ins Vertrauen ziehen.“

„Aber Emma, das geht doch nicht. Denke daran, daß die Bücher verboten sind und daß schwere Gefängnisstrafe auf die Verbreitung derselben steht.“

„Seine Kenntnis zu erweitern, kann nur ein sehr ungerichtetes Gesetz verbieten. Die meisten Menschen in unseren Kreisen sprechen über die Sozialdemokratie ohne etwas davon zu wissen und zu verstehen; und zu diesen gedankenlosen Nachbetern einiger moderner Schlagworte will ich nicht gehören. Ich habe einen gesunden Menschenverstand, und deshalb will ich selbst prüfen. Wenn man Gedanken durch strenge Strafgesetze totschlagen will, dann hat man ein Recht, mißtrauisch zu werden. Mißtrauisch bin ich nun einmal; ich will aber selbst sehen, ob dieses Mißtrauen berechtigt ist.“

„Aber, lieber Onkel, ich muß heim. Sei ohne Sorge

um mich! Ich lasse mich nicht in Unwissenheit erhalten, aber ich lasse mich auch nicht ertappen.“

„Emma, Emma, sei nicht töricht!“

„Aber, Onkel Emil, Sieh, da kommt die Pferdebahn; ich muß eilen. Versuche mich bald einmal und überzeuge Dich, daß ich noch lebe und mich der Freiheit erfreue.“ Damit eilte Emma Rotenburg fort und stieg in die am Hause des Konsuls vorüberfahrende Pferdebahn.

Schon unterwegs erwog das Mädchen alle Möglichkeiten, zum Ziele zu gelangen. Die Hilfe des Dienstmädchens wollte sie aus mancherlei Gründen doch lieber nicht in Anspruch nehmen; der Gärtner, der jeden Sonnabend ihren Garten in Ordnung brachte, war ein alter, ziemlich beschränkter Mann, durch den sie gewiß nicht zum Ziele kommen konnte; Waschfrau, Milchmann, Brot- und Zeitungsträger, Krämer, Schlächtergeselle, das waren Leute, denen sie sich ebenfalls nicht anvertrauen mochte. „Wie wäre es,“ dachte sie, „wenn ich die Mutter des Werkführers aufsuchte? Irgend ein Vorwand wird sich ja finden lassen. Je nach Umständen kann ich ja unter irgend einer Form eine Unterstützung anbieten. Vielleicht ist die Frau auch eine gebildete Dame, mit der sich ganz frei reden läßt. Mein Verlangen, mich über die soziale Frage zu orientieren, muß ihr ja in dem Falle ganz natürlich erscheinen.“

Emma Rotenburg war ein reifes Mädchen; hatte sie einmal einen Entschluß gefaßt, so pflegte sie denselben auch so rasch als tunlichst auszuführen. Gleich am andern Vormittage machte sie sich auf den Weg, um Frau Wilberg zu besuchen.

**Fischgericht zubereitet.** Beim Abschuppen der Karpfen verletzte sich die Frau mit dem Messer an der linken Hand, doch achtete sie der kleinen Wunde nicht und beendete ihre Arbeit. Es traten wenige Stunden darauf heftige Schmerzen in der Hand ein, die in der Nacht noch zunahmen, der Arm begann zu schwellen, ein hochgradiges Fieber mit Schüttelfrost stellte sich gleichfalls ein, und als endlich am Freitag Abend der Arzt geholt wurde, war es zu spät. Trotz allen Bemühens, die Frau am Leben zu erhalten, verschied dieselbe unter den entsetzlichsten Qualen.

**Soziale Not.** Nicht bloß in den großen Verkehrszentren wie Berlin, Hamburg, Leipzig u. s. w., herrscht eine beklagenswerte Wohnungs- und Lebensnot, sondern auch in ganz bedeutenden Provinzstädten. So berichtet ein pfälzisches Blatt: „Denken Sie sich eine zahlreiche Familie, oft auch zwei, auf einen einzigen engen Raum beschränkt, dessen Boden nicht gebiegt ist, sondern nur aus eingestampften Lehm besteht. Dazu haben viele am Tage wenig Brand, Abends kein Licht und Nachts kein Bett. Die meisten Kinder stecken sich einfach in einen Haufen Stroh. Das sehe ich Ihnen oft an den Haaren an. Es ist mir auch begreiflich, wenn die Kleinen ungewaschen zur Schule kommen und hierüber zur Rede gestellt, antworten, das Wasser sei gar zu kalt. Bei der Volkszählung mußte man in Ermangelung einer besseren Unterlage meistens auf dem Bette schreiben. Dabei kam denn, trotz allem Elend, auch mancher Spaß vor. So mußte eine Mutter von einem halben Duzend Kinder von keinem einzigen das Geburtsdatum. Eine andere sagte, ihr Kind sei in der „Kermwoche“ geboren, eines an Fastnacht, ein anderes „vor'm Kartoffelausmaße.“ Manche wußten überhaupt nicht, „wie alt sie seien.“ Ähnliche Zustände herrschen aber nicht bloß an einzelnen Orten der sonnigen Pfalz, sondern auch in anderen Provinzen des Königreichs, wie nicht minder des großen deutschen Vaterlandes. Die soziale Not hat größere Dimensionen angenommen, als man im Allgemeinen vielleicht glauben möchte. Das kirchliche Blatt erblickt natürlich nur in der Rückkehr zur Religion die einzige Rettung. Wir wissen, daß nur eine gründliche Umgestaltung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse dem traurigen Uebelstande dauernd abzuhelfen im Stande ist.

**„Neuer Kurs!“** Unter dieser Marke wird uns aus Baden geschrieben: Der neue Kurs entpuppt sich auch im Musterstaate Baden als alter Kurs. Dem Geschworenengericht in Karlsruhe war es vorbehalten, dieses zu beweisen. Dem Führer der badischen Sozialdemokraten und Vorsitzenden der Landesorganisation, Adolf Geck, von Offenburg, hatte man, wie wir schon kurz berichteten, auf die Anklagebank gesetzt. In seiner Eigenschaft als Redakteur des „Volksfreund, Südwestdeutsches Volksblatt“ war Geck beschuldigt, durch Abdruök des Gedichts „Freie Presse“ von Ferd. Freiligrat eine Majestätsbeleidigung verübt und durch Wiedergabe der Lafargue'schen Fabel „Die Fliegen und die Spinnen“ ein Vergehen gegen § 130 St.-G.-B. (Aufreizung zu Gewalttätigkeiten) begangen zu haben. Die erste Anklage erschien den Geschworenen kollegium doch etwas zu ungeheuerlich. Sein Wahrpruch lautete auf

Nichtschuldig, worauf Freisprechung Geck's und seiner beiden Mitangeklagten Schriftleiter Teufel und Expedient Böhmerer erfolgte. Anders der zweite Fall. Das Urteil stellte die schlimmste Bestürzungen in Schatten:

Geck neun Monate, Teufel sechs Monate Gefängnis! Die Erregung im Publikum, welche diesem drakonischen Spruch folgte, hatte Zeugnis ab von dem gewaltigen Eindruck, den derselbe überall hervorrief.

Angeichts dieses Urteils möge an das niederträchtige Flugblatt erinnert sein, welches die rheinischen Ultramontanen verbreiten und welches die Landbevölkerung direkt aufforderte, die Sozialdemokraten, die zu ihnen auf's Land kämen, mit Dreischlegeln totzuschlagen.

Das „S. Echo“ schreibt: Die Erziehung der weißen Heizer und Trimmer durch Pastoren und Chinesen, scheint bereits zu Mißhellenheiten zwischen den Rhebern und den Maschinisten der Dampfschiffe zu führen. So hat der an die Stadt gekommene Dampfer „Bosphat“ von der Hamburg-Rakutta-Linie 27 Pastoren an Bord, von denen 7 noch in jugendlichem Alter sind. Die Maschinisten erklären, mit den Leuten nicht wieder in See gehen zu wollen, da dieselben der Arbeit nicht gewachsen sind und die Maschinisten inselgedessen selber mit arbeiten müßten. Außerdem sind die Leute nur sehr dürftig gekleidet und der hier herrschenden Kälte nicht gewachsen. — Wenn es erst soweit ist, daß die Antreiber nicht mehr wollen, dann wird wol bald Remedeur geschaffen werden.

**Redensarten.** „Der Arbeiter ist dem Arbeitgeber als Krist und als Mensch vollständig ebenbürtig und gleichberechtigt, gerade sowie der Nachtwächter dem Bürgermeister. Es ist daher ein Unrecht, wenn der Arbeiter von dem reichbesetzten Tische des Arbeitgebers nur einige Brotsamen, oft noch widerwillig, erhält, vielmehr soll er sich mit zu Tische setzen.“ Das hat nicht etwa ein Sozialdemokrat, sondern — man höre und staune — ein Zentrumsmann vor wenigen Tagen gesagt, der im Reichstagswahlkreis Bochum aufgestellte Kandidat der Zentrumspartei, Bürgermeister Watzmann von Gelsenkirchen!!

**Frankfurt.** Ueber eine neue Leibesstragödie berichtet der „Frankfurter Generalanzeiger“: Anna Feobora Böhmle aus Stuttgart ist 19 Jahre alt und Näherin, ein „armes Mädchen“. Sie ist schön, die junge Schwäbin, und hatte durch ihren Liebreiz den Sohn eines reichen Fabrikbesizers in Saarbrücken gefesselt, der ihr Herz und Hand versprach. Anna baute auf ihn und träumte sich bereits an der Seite ihres Gatten als glückliche, beneidenswerte Frau, als ein schreckliches Ereignis ihre Zukunftspantasia jäh zerstörte. Gestern Morgen empfing die Aermste einen Brief, welcher ihr meldete, daß ihr Verlobter in der Fabrik seines Vaters zwischen die Räder einer im Gang befindlichen Maschine geraten und buchstäblich zermalmt worden sei. Die furchtbare Nachricht traf das Mädchen mit vernichtender Gewalt. Es stand fest bei der Unglücklichen, daß sie dem Geliebten in den Tod folgen müsse, und sofort ging sie zur Vorbereitung ihres Vorhabens. Sie schrieb einige Abschiedsbriefe und begab sich dann gegen Abend

nach Oberrad, um im Main den Tod zu suchen. Unweit der Gerbecmühle sprang das Mädchen in die eiskalten Fluthen — glücklicher Weise nicht unbemerkt. Drei junge Burschen, welche am gegenüber liegenden Ufer beschäftigt waren, machten sich an das Rettungswerk, welches ihnen nicht ohne Mühe und Gefahr für ihr eigenes Leben gelang. Man verbrachte die sich heftig Sträubende nach der Wohnung ihrer in der Bodenheimerstraße wohnenden Tante. Hier erfuhr man die Gründe, welche die Unglückliche zum Selbstmord getrieben. Hoffentlich wird es gelingen, ihr junges Leben zu erhalten.

Aus der Elbe wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Die außerordentliche Kälte der letzten Wochen droht unter der Eisfeldbevölkerung einen Notstand hervorzurufen. Arbeit im Freien, welcher Art sie auch immer sei, ist vollständig unmöglich, Handel und Wandel sind gänzlich gelähmt, die einzelnen Ortschaften von einander abgeschlossen und können nur noch vermittels des Telegraphen mit der Außenwelt verkehren. Getreide ist in den Dörfern wol vorhanden, aber da alle Bäche und Wasserfälle gefroren sind, so müssen die Mühlen feiern und an manchen Orten giebt es kein Pfund Mehl mehr. Die Röhrenleitungen und Brunnen sind sämtlich zugefroren. Statt frischen Wassers muß man sich mit geschmolzenem Schnee und Eis begnügen.

**Ausland.**

**Oesterreich-Ungarn.**

**Eine „Faschingstrevue.“** Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ stellt, wie sie es nennt, eine „Faschingstrevue“ an, welche darin besteht, daß die Truppenmassen der europäischen Staaten vor unsern Blicken vorbeigeführt werden.

Der moderne Prinz Karneval — bemerkt das Blatt — trägt statt der Krone den Säbel, statt der Narrenkappe die Pickelhaube, und das Erz, das bei seinem Schreiten erklingt, ist nicht das friedliche Metc. der Schellen, sondern das kriegerische der Geschütze, — der Tanz, für den wir uns am eifrigsten vorbereiten, ist — allen „wilden“ Indianern zum Trost — der Kriegstanz. Begreiflich, daß die Väter der Staaten nicht minder wie die der Familien unter den Kosten dieses Mummenschanzes seufzen!

Denn ein Mummenschanz soll ja offiziellen Versicherungen zufolge das Nützlich sein. Man sucht durch fürchterliche Kriegsgrimassen einander abzuschrecken. Jede Grimasse eine Willon — wenn sich nur der Andere recht fürchtet! Aber es ist zu besorgen, daß aus diesen Hänseleien — wie dies auch bei friedlichen Karnevalsparaden mitunter vorzukommen pflegt — gewissermaßen „von selbst“ Ernst wird. Für die Völker ist es nichts weniger als gleichgültig, welches Ende die „friedlichen“ Abschreckungsstrevuen in der Praxis nehmen werden.

Sehen wir einmal zu, wie viele Menschenleben im Ernstfalle in Betracht kommen werden, wobei wir uns jedoch auf die Truppenmassen der fünf Großmächte beschränken wollen.

Sie fühlte sich angenehm berührt, als sie die Wilberg'sche Wohnung betrat. Sie fand alles so blühend und sauber; die ganze Einrichtung legte selbst in ihrer großen Einfachheit Zeugnis ab von einem guten Geschmack der Bewohnerin, und diese selbst zeigte ein so feines taktvolles Benehmen und hatte ein so vertrauenerweckendes Gesicht, daß die Besucherin sich sofort heimisch fühlte und ihr jede Besangenheit schwand. Frei und offen erklärte sie der Frau Wilberg, daß sie ihren Sohn habe flüchtig kennen gelernt und daß sie, nachdem sie von seiner Verhaftung und von dem Grunde derselben gehört habe, den dringenden Wunsch gehegt, die Mutter kennen zu lernen. Sie verschwieg aber auch keineswegs, daß sie das brennende Verlangen habe, etwas über die Sozialdemokratie, die ihr vollständig fremd sei, zu hören, resp. zu lesen. Sie schilderte das Gespräch mit ihrem früheren Vormunde und sagte der Frau Wilberg endlich, daß sie die Hoffnung auf ihre Hilfe gesetzt habe.

„Mein liebes Fräulein,“ antwortete Frau Wilberg, „ich kann Ihnen allerdings einige Schriften verschaffen; aber glauben Sie, daß dieselben eine passende und interessante Lektüre für junge Damen der haute-volée abgeben?“

„Ich kann Ihnen diese Aeußerung nicht übel nehmen, Frau Wilberg; denn es ist ja leider wahr, daß unsere jungen Damen sich durchgehendes mit leichter Lektüre beschäftigen, einem Lesestoff, der über die Romane der Leihbibliothek und der belletristischen Zeitungen und über das Modejournal selten hinausgeht. Ohne unbedenklich zu sein, darf ich von mir behaupten, daß ich in dieser Beziehung etwas besser bin, als die meisten

meines Geschlechts und meines Alters. Nicht pure Neugierde ist es, die mich veranlaßt hat, zu Ihnen zu kommen, sondern der ehrliche Wille, mich über Dinge zu unterrichten, die ich noch nicht kenne, die aber meiner Meinung nach jeder gebildete Mensch kennen lernen muß.“

„Nun, wofan, wenn Sie mir ehrlich versprechen, die größte Vorsicht walten zu lassen, keinem Menschen, wer es auch sei, unser Geheimnis zu verraten, dann will ich Ihnen in den nächsten Tagen einige Bücher verschaffen. Nehmen Sie mir diese Vorsicht und Heimlichkeitserei nicht übel,“ fügte sie, indem sie der Besucherin die Hand reichte, hinzu, „wer so traurige Erfahrungen gemacht hat, wie ich, hat alle Ursache, vorsichtig zu sein.“ (Fortsetzung folgt.)

**Für unsere Hausfrauen.**

**Garbinenwäsche.** Ich habe im Laufe der Jahre verschiedene Arten Garbinen zu waschen versucht, aber das folgende Verfahren bei Weitem am Besten gefunden: Vier Schawls Garbinen werden — nachdem sie 24 Stunden in kaltem Wasser gewickelt haben, welches man nach Bedarf wechselt, tüchtig hin und her geschlagen worden — in einen Kopfstößenbezug fest eingebunden. Dieser wird nun in einen großen Waschkessel getan. 2 Eimer kalten Wassers und für 5 Pfennig Lerpentinspiritus werden darüber gegossen nebst einem halben Pfund vorher gekochter, guter Seife. Der Kessel wird nun auf starkes Feuer gesetzt, und die Garbinen, unter beständigem Röhren und Umbrehen mit einer Gabel, 20 Minuten gekocht. Dann nimmt man dieselben aus dem Kopfstößenbezug und kühlt sie in kaltem Wasser, bis sie klar sind. Hat man eine Wringmaschine, so ist dies natürlich für die Garbinen (noch auch für die Besizerin?) besser, als das Wringen mit

den Händen. Diese Art der Wäsche erhält die Garbinen fast doppelt so lange, als die gewöhnliche, und ist mühelos in jeder Küche auszuführen.

**Konkretion von Schuhwerk.** Man reibt bei neuem Schuhzeuge das Oberleder mit Nicinussöl, die Sohlen aber mit gekochtem Reinöl ein, so lange, wie sie davon einziehen, und tut gut dies Verfahren zu wiederholen, wenn das Schuhzeug längere Zeit getragen werden soll. Beides ist in Droguengeschäften für geringen Preis zu haben, und kann die kleine Ausgabe gegenüber dem erzielten Nutzen nicht in Betracht kommen. Die Behandlung mit Öl hat dabei noch den Vorteil, das Leder wasserdicht zu machen.

**Schnitzel.**

Eins doch weiß ich, und dies Eins giebt mir Kraft und Zuversicht: Keine Nacht war noch so dunkel, der nicht obzessigt das Licht, Keines Winters Eis so feste, daß der Reiz es nicht durchdring, Keines Kerfers Wand so ewig, daß die Zeit sie nicht zerrieb! Ja, ich weiß es — denn uns Allen quillt im Herzen manche Quell!  
Jenes argewaltigen Stromes, unersiegbar, brennen heiß — Segelreich und breit und mächtig durch die Gauen des Vaterlands  
Wird der Strom der Freiheit rautchen einst voll Majestät und Glanz!

Es muß zur Ehre des menschlichen Geschlechts anerkannt werden, daß Verfolgungslust und Martyrium nie verfehien, die Zahl der Verteidiger der zum Märtyrertum getriebenen Idee, der gedächten Idee, zu vermehren; das ist der ewige Ruhm des Menschengeschlechts und der ewige Nachhall seiner Geschichte.

Caßelar, Baden.

besitzen stehende Truppen in Friedensstärke (rund):

Deutschland 520 000, Oesterreich-Ungarn 355 000, Italien 262 000, zusammen 1 137 000 Mann; — Frankreich 547 000, Rußland 800 000, zusammen 1 347 000 Mann.

Für den Kriegsfall erhält man, vom Landsturm ganz abgesehen, annäherungsweise folgende Ziffern:

Deutschland (ohne Ersatzreserve) 2 400 000 Mann, nämlich 1 080 000 Mann Linie und Reserve, 620 000 Mann Landwehr ersten und 700 000 Mann zweiten Aufgebotes.

Oesterreich-Ungarn 1 375 000 Mann nämlich 938 000 Mann Linie und Reserve, 437 000 Mann Landwehr.

Italien 1 220 000 Mann, nämlich 848 000 Mann Linie und Reserve, 372 000 Mann Mobilmiliz.

Frankreich 3 290 000 Mann, nämlich 1 500 000 Mann Linie und Reserve, 1 700 000 Mann Territorialarmee.

Rußland 2 392 000 Mann, nämlich 1 180 000 Mann Feldtruppen, 832 000 Mann Reserve- und Ersatztruppen, 193 000 Mann Besatzungstruppen, 154 000 Mann Kosaken, 33 000 Milizen und Grenzwächter.

Es ständen somit dem „Friedensbunde“ (Deutschland, Oesterreich, Italien) mit 4 997 000 Mann im Kriegsfall gegenüber 5 590 000 Mann vereinigte Russen und Franzosen.

Hierzu kommen aber noch die landsturmähnlichen Institutionen, zusammen noch weitere fünf Millionen Krieger!

Alles zusammen fünfzehn Millionen Tänger für den gewaltigen bal champetre des Krieges!

Sine furchtbare „Faschingsrevue“! Dänemark.

Die Altersversicherung in Dänemark.

Der von den Führern der dänischen Linken, Horup und Berg, im Folkething eingebrachte Gesetzentwurf, betr. die Altersversicherung der Arbeiter, verdient auch bei uns ansehnliche Beachtung. Nach dem dänischen Entwurf erhält jeder Arbeiter vom 62. Lebensjahre ab eine jährliche Unterstützung von mindestens 120 bis höchstens 200 Kronen (1 Krone gleich 1,13 Mk.), jede Arbeiterin von mindestens 100, höchstens 150 Kronen, oder, falls zwei Ehegatten mehr als 62 Jahre alt sind, mindestens 200, höchstens 300 Kronen für Beide.

und Branntweinzöllen gedeckt werden. (Es ist unverkennbar, daß dieser Gesetzentwurf der dänischen Arbeiter in wesentlichen Punkten ausgezeichnet. Indem derselbe die Altersgrenze auf 62 Jahre herabsetzt, erlangt das Gesetz tatsächlich die Bedeutung einer Altersversicherung, was bei uns aber nicht der Fall ist, da nur ein ganz verschwindender Prozentsatz das 70. Lebensjahr erreicht. Ferner vermeidet das dänische Gesetz den Zwang. Die Arbeiter werden nicht gezwungen, einen Teil ihres oft kärglichen Lohnes als Beitrag zu entrichten. Jeder hat vom 62. Lebensjahre ab Anrecht auf eine Altersrente. Will in Dänemark ein Arbeiter eine höhere Rente erreichen, dann steht es ihm frei, durch freiwillige Beiträge sich eine besondere Leibrente zu sichern. Ein Vorzug, der im Vergleich zu unserem Gesetze nicht zu unterschätzen ist, ist die Einfachheit, leichte Verständlichkeit und bequeme Ausführung des dänischen Gesetzes. Bei uns verschlingt die Verwaltung Millionen — in Hamburg werden z. B. vorläufig reichlich 200 000 Mk. für Beamtenbesoldungen verlangt, eine Summe, die ausreichen würde, um alle Invaliden der Arbeit über 70 Jahre im Staate Hamburg vor jeglicher Not zu schützen —; Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden bei uns überlastet mit Berechnungen, Quittungskarten, Beitragsmarken, Versicherungsbeweisen u. dergl. mehr. Der dänische Gesetzentwurf zeichnet sich dagegen durch die denkbar größte Einfachheit an. D. N.)

Rußland.

Im Namen der „Bürger Londons“ hat der Lordmayor Savory ein Petition an den Zaren gerichtet und darin um Aufhebung der gegen die russischen Juden angewandten Gewaltmaßregeln gebeten. Diese Petition, die eigentlich mehr eine schwere Anklageschrift ist, wird allerdings an dem zarischen Despotismus wenig ändern, denselben vielleicht nur mehr verstärken, aber sie ist insofern von höchstem Interesse, als sie einige Details enthält, die auch dem „mächtigsten aller Reußen“ zum Denken Anlaß giebt. Die Petition sagt unter anderem: „Fünf Millionen Untertanen seuffen unter dem Drucke von Ausnahmegesetzen. Nachkommen einer Rasse, von welcher alle Religion kam. (Wir verstehen darunter den kulturellen Fortschritt, nicht etwa den Talmudglauben u.) — Diese Juden sind Gesetzen unterworfen, welche ihnen Leben und Gedeihen unmöglich machen, die in jüngster Zeit noch verschärft worden seien und bedrücken diese in unerhörter Weise in Leben und Entwicklung.“ In dem weiteren Wortlaut der Petition heißt es dann: „Wir, die wir gelernt haben, alle Konfessionen zu dulden und Glaubensfreiheit für ein Zeichen wahrer Religion erachten, wir stehen, diese Ausnahmegesetze gegen die Juden aufzuheben.“ Wie gesagt, nützen wird diese Petition gar nichts, gerade so wenig es genützt hätte, in den 80er Jahren in Deutschland um Aufhebung des Sozialistengesetzes zu petitioniren. Wol könnte von dem Zaren Milde gegen die Juden angeordnet werden, aber was würde es nützen. Das System der Knechtung ist unter der dortigen korrupten Beamtenwelt so tief eingewurzelt, daß eine solche Verordnung gleich Null bedeuten würde. In Rußland wird nicht eher eine Besserung der Ver-

hältnisse zu erwarten sein, als bis das herrschende Beamtensystem gestürzt ist. Und dieses wird geschehen, früher oder später und keine Gewaltmaßregel, mag sie noch so grausam und barbarisch sein, wird dieses Bestreben aufzuhalten vermögen. In Deutschland hat man mit Gewalt die Sozialdemokratie gezüchtet, in Rußland ist es der Nihilismus, der der völkerbefreienden Idee vorarbeitet.

Afrika.

Durch Emin Paschas Schlaueit vor der Hinrichtung gerettet wurde der bekannte englische Afrikaforscher Dr. Robert Felkin, als derselbe vor langen Jahren bei dem blutdürstigen König Mtesa von Uganda weilte. Herr Felkin, der vor Kurzem in Berlin weilte, hat dieses unangenehme Abenteuer, der „N.-Ztg.“ zufolge, selbst folgendermaßen erzählt: Zum Dank für die ihm von Felkin zu Teil gewordene ärztliche Behandlung wollte Mtesa seinen Arzt um einen Kopf kürzen und gewährte ihn auf seine ärztlichen Vorstellungen hin, die medizinische Behandlung sei noch nicht zu Ende und würde, unterbrochen, Mtesas Ende herbeiführen, nur die Gnadenfrist, bis er (Felkin) ihn (Mtesa) ganz gesund gemacht hätte. Dann halfen seine Gegenvorstellungen mehr und Felkins Hinrichtung sollte vor sich gehen. Nun hatte aber Emin Pascha seinen Freund aufs Genaueste über die Zustände in Uganda und den Hof des Königs Mtesa instruiert und demselben unter Anderem das wichtige ugandasche Staatsgeheimnis, wo Mtesas Pulvervorrat vergraben lag, verraten. Dieses Umstandes erinnerte sich Felkin zur rechten Zeit und gebrauchte als ultimo ratio die Drohung: „Wenn Du, Mtesa, mich töten willst, so werde ich in Deinen Pulvervorrat einen Blitz fahren lassen.“ Auf Mtesas ungläubige Antwort: „Sage doch, wo er liegt,“ flüsterete ihm Felkin ins Ohr: „Ich weiß von Emin, daß Dein Pulver unter Deinem Harem vergraben ist.“ Mtesa erbleichte schlotternd und läßt Felkin und seine Begleiter leben, dessen Ansehen um so mehr stieg, als Tags darauf zufällig bei einem der in Uganda so häufigen Gewitter wirklich unweit des Harems ein Blitz zur Erde fuhr.

Amerika.

Boston. Hier verlautet, ein englisch-amerikanisches Syndikat mit vier bis fünf Millionen Dollars Kapital sei in der Bildung begriffen, um den gesamten Kautschukhandel zu monopolisieren. Das Syndikat soll bereits den Alleinhandel mit Kautschuk in Para zur Hälfte besitzen und sowol in England wie in den Vereinigten Staaten zu operiren beabsichtigen. Nachrichten aus Chile (Süd-Amerika) melden von einem Straßenkampf in Valparaiso in Folge der revolutionären Bewegung; es sollen dabei mehrere Menschen getötet worden sein.

Deutscher Reichstag

46. Sitzung vom 19. Januar.

Am Bundesratsstische: v. Bötticher, v. Malshahn und Kommissarien. Eingegangen ist der Bericht der Fabrikinspektoren für 1889. Zur Beratung steht zunächst der Antrag der sozialdemo-

Dienstmann 215.

Von Heinrich Landberger.

Bedächtigt, mit gewohnter Aufmerksamkeit, immer des Anrufs gewärtig, die Augen eifrig auf die gegenüberliegenden Fensterfronten gerichtet, ob sich eine winkende Hand vielleicht zeige, so trottete er sein Revier hinab. Eben ging's über den Belle-Allianceplatz, dann die Friedrichstraße hinein bis zu den Linden, dort rechts ab und über die Markgrafen- und Lindenstraße wieder zurück. So war's den ganzen Tag mit Ausnahme der Mittagsstunde, wo er nach Hause ging . . . gestern, morgen und übermorgen.

Es war ein nicht kalter, aber feuchter Januarstag, ein trüber Früh-Nachmittag und auf der Straße Schlamm und Schmutz.

Er mochte in den Sechzigern sein. In dem schon ziemlich verfallenen Gesicht mit den wässerigen Augen und dem erst halb ergraute Badenbart nichts Außergewöhnliches. Auf dem Leibe hatte er einen noch gut erhaltenen Ueberzieher, zwischen dessen Schößen der blaue Leinenkittel hervorjab. Auf dem Kopfe die rot-lackirte Mütze mit der Kotlarbe und dem kleinen ovalen Messingchild, darauf die Nummer, der Polizeistempel und die Aufschrift: „Selbständiger Dienstmann“. Früher gehörte er einem der fünf Dienstmann-Komptoire an und trug die Aufschrift: „Expres“. Da tat's ihm aber um die zwanzig vrenzig leid, die er täglich dem Komptoir bezahlen mußte, bloß für das hübsche Hoje und Blouse und Mütze, die es dafür alle Jahre lieferte. Dann trat er der Berliner Dienstmann-Genossenschaft

bei als eines ihrer sechzig Mitglieder und auf dem länglichen vierreihigen Messingchild stand „B. D. G.“ Diese sechzig Mitglieder sind für einander haßbar. Da kamen verschiedene Verluste vor. Er mußte bezahlen und seitdem war er „Selbständiger.“ So war's am besten. Da holte er sich jeden Morgen beim Drucker seine zehn roten Marken, mit dem Datum des betreffenden Tages, seinem Namen, Nummer und Adresse und dem üblichen Vermerk „Garantie 75 Mark, welche von mir selbst als Kaution beim Polizeipräsidenten eingelegt sind“ — bezahlte alle Vierteljahre seine Mark dafür und die Geschäftsauslösen sind gedeckt. Mehr konnte man auch nicht anlegen, denn der Verdienst wurde von Jahr zu Jahr immer schlechter. Das machte die Konkurrenz. Da war erst die Kohrpöhl, die war noch nicht einmal die schlimmste, dann aber die Paketfahrt. Ein Koll, das kostete bei ihr zweieinunddreißig Pfennig . . . dreißig Pfennig das Porto und zwei Pfennig die Bestellkarte. Damit ließ es sich nicht ausnehmen. Denn war's zum Beispiel eine weite Strecke, etwa eine Stunde hin, so konnte er's unter achtzig Pfennigen beim besten Willen nicht leisten, weil er nämlich den Handwagen dazu brauchte, den er sich irgendwo entlich . . . meistens aus einer Schmiede- oder Schlosserwerkstatt, die eine Art Leihgeschäft damit trieben. Der Handwagen kostete nun pro Stunde fünfzehn Pfennig hin und zurück, also dreißig, rechnete er für sich selber jede zu fünfundsanzig, das war doch gewiß nicht viel, so kamen zusammen achtzig heraus. Damit ließ sich nicht konkurrieren. Der schlimmste Feind aber war das Telefon. Alle mit einander sahen sie voll grimmigen Hasses zu den schwanken Drähten hinauf,

die sich von Jahr zu Jahr zahlreicher über die Häuser spannten und kreuzten, gerade wie ein Netz, worin ihnen der Garaus gemacht werden sollte. Eine schwere, laure Zeit. Anno Dreiundsiebenzig, damals als er zum ersten Mal den blauen Kittel überzog und es die verdammten neuen Erfindungen noch nicht gab, da verdiente man noch seine vier bis fünf Mark pro Tag, heute nicht mehr die Hälfte . . . eine Mark, ja fünfzig Pfennige nur häufig, manchmal auch überhaupt nichts. Und da trollte man so den Tag, zwölf Stunden hintereinander, von früh bis Abend herum. . . . Leben ließ sich freilich nicht davon. Da aber war die Frau zu Hause, die wusch und plättete, das brachte ihnen fünfzehn Groschen den Tag, und dann ging's ja so nicht das ganze Jahr. Nur in der Zeit vom Dezember bis zum April trug er den Kittel, weil er da nichts anderes anzufangen hatte . . . sonst in den übrigen Monaten war er Dachbedeker, trotz seiner Sechzigern. Es war ihm in der Winterzeit schon so zur Gewohnheit geworden, auf den Verdienst sah er kaum mehr. Fünfundvierzig Mark hatte ihm der vorige Winter gebracht, vier Monate hindurch, er hatte sich's aufgeschrieben. Allerdings ein paar Wochen lang hatte er krank gelegen. Er hatte's auf der Brust. Deshalb mochte er auch keinen festen Stand; denn da bekam er kalte Füße, und das war ihm nicht gesund. Uebrigens gab's auch so manchmal einen ganz hübschen Extraverdienst. Am meisten von den jungen Herren, wenn sie ihn zu den Fräuleins schickten.

(Schluß folgt.)

fränkischer Partei, wonach in Erwägung, daß nach Artikel 31 der Verfassung ohne Genehmigung des Reichstages kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode zur Unterfertigung...

Abg. Singer: Wir haben mit Vorbedacht die Form gewählt, in welcher der Antrag Ihnen vorliegt. Wir wollen, daß der Reichstag sich prinzipiell darüber äußere, ob die Immunität der Abgeordneten auch während einer Vertagung der Sitzungen des Reichstages fortbauert...

Abg. Hartmann (H.): Wir können den Antrag in der vorgelegten Form nicht annehmen, da er einen Vorwurf ausspricht, den wir nicht für gerechtfertigt halten. Aber auch das eigentliche Petikum ist undurchführbar.

Abg. Frhr. v. Unruhe-Bomst (Reichspartei) bringt unter Zustimmung zu den Ausführungen des Abgeordneten Hartmann den formulierten Antrag ein: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß das Verfahren gegen den Abgeordneten Grillenberger wegen Verleumdung des Amtmanns Lufe...

Abg. Singer erkennt die gute Absicht des Vorredners an, erklärt aber, daß seine Partei dafür nicht stimmen könne, weil sie es müde sei, jedes Mal und in jedem einzelnen Falle solche Anträge wieder stellen zu müssen.

Bayr. Bevollm. Graf Lerchensfeld stellt richtig, daß er nicht davon gesprochen, daß die bayrische Regierung gegen einen Antrag, wie er von der rechten Seite angekündigt sei, nichts erinnern würde, sondern daß sie dagegen selbstverständlich nichts zu erinnern habe.

Abg. Träger (Hr.) erklärt für den Antrag Singer stimmen zu wollen, obwohl er überzeugt sei, daß der Tenor desselben unausführbar sei. (Heiterkeit.)

An der Debatte beteiligen sich noch Staatssekretär von Bötticher und die Abgg. von Buol (Z.), v. Hartmann, Marquardier (N.), Mundel, von Unruhe-Bomst.

Abg. Singer stimmt dem Vorschlage der Vorredner zu, beide Anträge der Kommission zu überweisen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Partei wird einstimmig der Verfassungskommission überwiehen, der Antrag von Unruhe-Bomst nach Ablehnung des Antrages auf

Kommissionsberatung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Darauf beginnt das Haus die zweite Beratung des Etats für 1891/92. Beim Spezialetat des Reichstags wünscht Abg. Richter die Drucklegung des festgestellten Etats, wie sie in Preußen üblich sei.

Bei Titel 11 „Entschädigung für die Eisenbahnfreikarten der Abgeordneten“ bemerkt

Abg. Richter: Die Frage der Zahlung von Diäten an die Reichstagsmitglieder bedarf dringend der Regelung. Die Dienlosigkeit wirkt erfahrungsmäßig keineswegs abkürzend auf die Dauer der Session.

Ohne weitere Debatte wird der Etat bewilligt. Es folgt der Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei, welcher ohne Diskussion unverändert genehmigt wird.

Zum Etat des Reichsamts des Innern, fortbauernbe Ausgaben, Kapitel 7, Befolung, Titel 1 „Staatssekretär“ 50,000 Mark, ergreift das Wort

Abg. Lingenß (Z.): Ich möchte auf die ungemein segensreichen Erfolge hinweisen, welche das Fabrikinspektorat in Oesterreich gezeitigt hat. Dort sind fast alle Streiks durch das schlichtende Eingreifen der Fabrikinspektoren verhindert worden.

Abg. v. Reubell (N.-B.) fragt, wie weit die Vorbereitungen zum Entwurf eines Gesetzes gegen die Trunksucht gediehen seien. Redner führt an, daß 41 Prozent aller Stranganen in den Gefängnissen und Zuchthäusern aus Trunksüchtigen beständen; unter den bestraften Verbrechern seien 58 Prozent auf Trunksucht als ihre Wurzel zurückzuführen.

Staatssekretär von Bötticher: Die überwiegende Mehrheit der Regierung hat das Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung anerkannt (hört, hört! rechts).

Abg. Wurm (Soz.): Wir sind ebenfalls ganz energische Gegner des Trunkes. Die Arbeiter, die dem Unute hübsigen, sind nicht Sozialdemokraten. Wir können uns aber niemals herbeilassen, die unschuldigen Opfer der heutigen Gesellschaft dafür noch zu strafen, daß sie sie in die'n Zustand verfest hat.

Gerade die Inspektorenberichte, besonders der badische, zeigen, wie die Trunksucht auf dem Boden der schlechten Ernährung der niedrigen Löhne der arbeitenden Bevölkerung erwächst. Die Schilderung der sozialen Lage der Tabakarbeiter in Baden giebt ein besonders trauriges Bild hiervon. Nicht bloß die schlechte Löhnung und Ernährung, auch die ganze Arbeitseinteilung treibt die Leute zum Branntwein, besonders die Akkordarbeit bringt den Arbeiter dazu, nervös zu werden und seine Nervosität durch ein Alkoholikum zu besäubern, wie das in andern Kreisen auch geschieht, nur daß dieser eben zu dem blligen Schnaps greifen muß, dessen Konsum nicht geunken, sondern gestiegen ist.

Die Fabrikinspektoren müssen so vermehrt werden, daß es nicht mehr vorkommen kann, daß ein Arbeiter, welcher 15 Jahre lang in einer Fabrik gearbeitet hat, überhaupt niemals den Fabrikinspektor kennen lernte. In Preußen hat man gar keine Kontrolle, wie viel Revisionen vorgenommen werden. In Sachsen sind 54 pCt. der Betriebe revidirt worden, das ist immerhin schon besser. Wie viel Revisionen stattgefunden haben, wird in allen Berichten gesagt, aber nicht, wie viel Betriebe revidirt werden sollten. Es kommt auch nicht so sehr auf die Anzahl der revidirten Betriebe, als auf die darin beschäftigten Arbeiter an, sonst könnte ein Fabrikinspektor sehr viel kleine Werkstätten besuchen, wo die Revision schnell beendet ist, aber nicht die großen Fabriken mit einer Masse von Arbeitern. In Sachsen sind merkwürdiger Weise 1887 weit mehr Betriebe unter das Fabrikgesetz gestellt gewesen als 1888 und 89, nämlich 1887 17 173, 1888 12 931, 1889 12 963. Es wurden 1888 eine ganze Anzahl Betriebe bei der Zählung ausgeschlossen, die doch unter dem Inspektorat stehen müßten, z. B. die unter Aufsicht der Verginsektion stehenden Betriebe, selbst wenn andere darunter nicht stehende Betriebe damit verbunden werden. Ferner die Steinbrüche, in denen Viele verunglücken und die oft von den Unternehmern fabrilässig betrieben werden. Namentlich ist die Kantinenwirtschaft nirgends größer als dort, aber darüber verlaute in dem Bericht nichts. Werden die Unternehmer zu sehr von den Fabrikinspektoren belästigt, so konstruiren sie sich Hausindustrien, die nicht beaufsichtigt werden. Ein Stickerfabrikant hat sechs Sticmmaschinen im Hause aufgestellt und die Sticmmaschinen verpachtet; wenn die Sticker nun im Hause Kinder beschäftigten, so ging ihn das garnichts an. Für Zigarrenfabrikanten ist es auch vorteilhaft, wenn sie Werkstätten hausindustriell als Filialen einrichten. Dann entziehen sie sich der Aufsicht, weil sie nicht Fabriken im Sinne des Gesetzes haben. Das Schlimmste ist auch nicht das, was wir in den letzten Berichten erfahren, sondern das was wir nicht zu hören bekommen, weil es sich der Aufsicht der Fabrikinspektoren entzieht. Wenn wir nun in Preußen eine größere Anzahl von Fabrikinspektoren bekommen — wir würden dem freudig zustimmen, aber leider haben wir im Abgeordnetenhaus nichts zu sagen —, so müssen auch deren Befugnisse ganz ent-

schieden erweitert werden. Es kommt auch auf die Person an, auf die Qualifikation des Beamten. Ein klassischer Gegenstand zwischen einem Fabrikinspektor, wie er sein soll und wie er nicht sein soll, bieten der Fabrikinspektor von Dresden und der von Baden. Der erstere, der Gewerberat Siebdrat, hat es mit großer Geschicklichkeit verstanden, sich die Sympathien der Arbeiter vollkommen zu verschöneren. Er erklärte anonyme Aufforderungen zur Revision überhaupt nicht zu berücksichtigen. Der Arbeiter konnte den Mut haben, hervorzutreten. Die Arbeiter haben Mut genug gezeigt, wenn es galt. Aber ihre Familie elend zu machen wegen kleinlicher Dinge, wo sie doch nur angehört werden und man ihnen höchstens wohlwollende Berücksichtigung verspricht, so dumm sind die Arbeiter nicht. Vertrauen zu den Fabrikinspektoren haben sie meistens nicht. Der Fabrikinspektor von Baden sagt offen, wenn er etwas von einem Arbeiter erfährt, seien die Unternehmer sehr empfindlich, sehen es für einen Verstoß gegen die Disziplin an und entließen dann den Arbeiter. In Dresden machte ein Arbeiter einer Bronze-fabrik von der Gesundheitschädlichkeit des Betriebes Anzeige, wurde post hoc entlassen, die Arbeiter sind aber überzeugt, daß es propter hoc geschähen sei. Der Gewerberat Siebdrat berichtet über diesen Fall: „Nach der Untersuchung der Angelegenheit stellte sich heraus, daß der betreffende Arbeiter entlassen worden war, weil derselbe agitatorischer Weise fortwährend Unzufriedenheit unter den Arbeitern verbreitet hat. Die von ihm gemachten Angaben waren teils übertrieben, teils ganz unwahr.“ Woher kennt der Gewerberat das agitatorische Verhalten des Arbeiters? Die hygienischen Anforderungen dagegen scheint er nicht zu kennen. So lange das Unternehmertum und das Fabrikpersonal sich das Vertrauen der Arbeiter nicht erwerben werden wir nicht weiter kommen. Von manchen Fabrikinspektoren wird ihre Pflicht eigentümlich aufgefaßt. Der Fabrikinspektor von Baden sagt, daß die Unternehmer sehr empfindlich sind, wenn man ihnen Vorhaltungen mache. Viele Maßregeln zum Schutze der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter unterbleiben im Interesse des Geldbeutels der Unternehmer. Ich denke, wir sind so weit gekommen, daß von einer Gleichberechtigung der Arbeiter die Rede sein kann; in dem kaiserlichen Erlaß hat dies hoch ausdrücklich gestanden. Wenn aber die Unternehmer erst nach wiederholten Bestrafungen zu bestimmen sind, und wenn die Kinder zu falschen Auslagen abgerichtet werden, damit die Fabrikinspektoren nichts erfahren, so sieht das doch einer Korruption derweil ähnlich. Wenn die Fabrikinspektoren im Interesse der Sationarbeit, die längst abgeschafft sein könnte, zahlreiche Ueberstunden erlauben, so muß dieses Institut geändert werden, wenn es segensreich wirken soll. Der Fabrikinspektor von Baden sagt, der Verkehr zwischen den Fabrikinspektoren und den Arbeitern wird nur dann vorteilhaft sein, wenn erstere mit organisationsmäßigen Vertretern der Arbeiter verhandeln können. Was wollen wir anders mit unieren Forderungen von Arbeitskammern und Arbeitsämtern als dies! Die bösen sozialdemokratischen Fachvereine sind gänzlich verpönt. Auf der einen Seite wird den Arbeitern Freiheit gewährleistet; auf der anderen wird sie beschränkt. Erst vor drei Tagen erklärte der Bergwerksdirektor Franke in Oberkirschen den Deputirten des Knappchaftsvereins, daß die Arbeiter, welche einem Fachverein angehören, austreten oder in vierzehn Tagen die Arbeit niederlegen müßten. Hoffentlich wird ihm von seiner vorgelegten Behörde mitgeteilt, daß er seine Befugnisse überschritten hat. Zu Fabrikinspektoren dürfen nicht Personen gemacht werden, die keine Ahnung von den Schmerzen der Arbeiter haben. In Preußen will man jetzt die Revisionen mit dem Fabrikinspektorat verbinden; dazu braucht man geschulte Beamte, die aber die Arbeiterzustände nicht beurteilen können. Wenn der Mainzer Fabrikinspektor erklärt, die Arbeiter sollten nur die Fenster öffnen, um bessere Luft zu haben, so kennt er nicht den Nachteil der Zugluft. Die Unternehmer kümmern sich um die Gesundheit ihrer Arbeiter nur, wo sie Vorteil davon haben. In einer Zementfabrik sollte der Besitzer eine Einrichtung zur Beseitigung des Staubes treffen. Er weigerte sich. Als er aber darauf aufmerksam gemacht wurde, daß dann der Staub aufgesammelt werden könnte, tat er es und hatte aus dem Staube 3000 Mk. Ueberichuß. So lange man unter den Interessen der Industrie immer das Interesse des Geldbeutels des Unternehmers versteht, wird man nichts erreichen. Immer schroffer wird der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeiter werden. Wenn die Gleichberechtigung beider Teile von höherer Stelle ausgesprochen ist, müssen die anderen Organe erst recht darnach streben. In dem Bericht ist aber auch davon die Rede, daß der Arbeiter auch ein Mensch ist und daß er ein Recht hat zu leben. Wenn Sie ihm das Recht nicht geben, werden wir es uns nehmen. (Beifall links.)

Sächsischer Bevollmächtigter Graf Hohenthal entgegnet dem Vorredner, daß die Verminderung der Betriebe daher komme, daß u. A. die Steinbrüche nicht mehr als Betriebe angesehen werden. Er nimmt sodann den Dresdener Gewerberat gegen die Angriffe des Vorredners in Schutz. Der Gewerberat Siebdrat sei ein allseitig als vorzüglich anerkannter Beamter, der allerdings bei den Herren Sozialdemokraten nicht beliebt sei.

Abg. Bebel: Die Auskunft des Herrn sächsischen Bevollmächtigten genügt mir nicht. Man wird sich dem Strom der Zeit, der auf die Ausdehnung der Tätigkeit der Fabrikinspektoren geht, doch auf die Länge nicht entziehen können. Herr Siebdrat hat sich vor Allen dadurch mitleidig gemacht bei allen Arbeiten, nicht bloß bei den sozialdemokratischen, daß er den angeblich „übertriebenen“ Ansprüchen der Arbeiter entgegentrat und insbesondere in alle möglichen Verhältnisse der Arbeiterwelt, Lohnkämpfe, Streiks u. s. w. sich einmischte, und zwar lediglich im Interesse der Unternehmer. Dagegen müssen wir uns entschieden vermahnen. Die Fabrikinspektoren sind nicht Beamte zum Schutze der Unternehmer. Aber dieses System stimmt trefflich überein mit der in Sachsen beliebten Auslegung des Vereinsgesetzes zu Ungunsten der Sozialdemokraten, mit der parteiischen Handhabung aller Gesetze in derselben Richtung; da kann man sich denn auch nicht wundern, daß Beamte wie der genannte so energisch in Schutz genommen werden. Herr von Reubell rate ich, seine Bestrebungen zur Bekämpfung der Trunksucht nicht auf die Arbeiter zu beschränken, sondern auch auszudehnen auf die Kreise, die ihm näher stehen. Erst vor Kurzem hat das „Deutsche Wochenblatt“ auf die in den

Kreisen der Unübersichtlichkeit verbreitete Meinung zu unmaßigem Trinken sehr abfällig hingewiesen.

**Graf Sobenthal:** Der Gewerberat dient nicht allein dem Unternehmer und nicht allein dem Arbeiter, er dient beiden. Die Normsätze gegen Herrn Siebbrat muß ich noch mehr als gänzlich unbegründet zurückweisen.

**Abg. Wacker mann (dt.):** Der Gewerberat Siebbrat ist ein Ehrenmann durch und durch. Warum hat man nicht den geordneten Instanzenweg der Beschwerde gegen den Herrn angetreten, wenn er so viel Unrechtes getan hat. Nun sagt Herr Siebbrat, die Gesetze würden dort überhaupt parteilich gehandhabt. Dagegen muß ich die entschiedenste Verwahrung einlegen.

**Abg. Hartmann:** Die Herren von der äußersten Linken sind Herrn Siebbrat deswegen gram, weil er sich mit sozialdemokratischen Gegnern nicht befreundet kann. (Große Unruhe links.)

**Abg. Stadthagen (Soz.)** bemerkt dem Vorredner, daß außer den Staatsanwälten selbst kaum ein unabhängig denkender Staatsbürger in Deutschland daran zweifle, daß die Behandlung eines Angeklagten seitens der Staatsanwaltschaft kann ganz besonders schroff und schneidend sei, wenn es sich um Sozialdemokraten handelt. Bekanntlich sei die einzige Person, welche im Deutschen Reich nicht angeklagt werden könne, auch wenn sie etwas Strafbares begangen habe, der Staatsanwalt selbst, er müsse sich denn selbst anklagen. (Weiterkeit links.)

**Abg. Singer:** Gegen die Amtsführung der Gewerberäte, wenn sie dem Geist der Gesetze entsprechend und unparteiisch gehandelt wird, werden wir nicht das Mindeste einzuwenden haben, ihnen vielmehr stets vor Andern Gerechtigkeit widerfahren lassen. Unter Urteil über Herrn Siebbrat aber beruht auf ganz unerklärlichen Tatsachen und steht ein für allemal fest Herr Hartmann hat ganz oberstaatsanwaltschaftlich beduzieren wollen, daß, weil wir das Wort „geheilig“ nicht wieder in unser Programm aufgenommen hätten, wir nach wie vor Anhänger der Gesetzlosigkeit seien. Hat denn die konservative Partei das Wort „geheilig“ im Programm? Aber es ist auch gar nicht notwendig, das im Programm zu betonen. Wozu haben wir denn die Menge Staatsanwälte? Doch damit diese diejenigen anklagen, welche mit ungeheulichen Mitteln vorgehen. Wie die Staatsanwälte bisher nicht beliebt waren, wird auch in dieser Beziehung der Kreis der alten bleiben.

Damit schließt die Diskussion. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Um 5 1/2 Uhr wird die Fortsetzung der Staatsberatung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Januar 1891.

In Nr. 13 unseres Blattes waren wir in der Lage, durch den Hinweis auf einen eklatanten Fall, der sich anlässlich eines katholischen Begräbnisses ereignete, die Tatsache erörtern zu können, daß mancher katholische Geistliche es seinem ihm „anvertrauten“ Pfarrkinde, wenn dasselbe nicht zu den besseren Kreisen gehört, die der Stellung des Geistlichen etwa ebenbürtig sind, sehr leicht an dem Pflichteifer fehlen läßt, den er sonst z. B. vor den Leuten ins gebührende Licht zu rücken weiß, welche es haben, für ihre Angehörigen ein kräftiges Begräbnis erster Klasse zu bezahlen. Gegenüber diesem schlagenden Beweise klingen die Ausflüchte der „Schlef. Volkszeitung“ sehr armselig. Vor allem magt sie ihren Lesern gar nicht einmal wahrheitsgemäß mitzuteilen, wie rücksichtslos die Leidtragenden behandelt wurden. Sie spricht bloß von „einiger Zeit“ und von einer „geringfügigen Verzögerung“. In dem von uns veröffentlichten Schreiben war aber ausdrücklich hervorgehoben, daß 1. der Leichenzug sowie so auf Wunsch des Pfarrers eine halbe Stunde später fortging, als anfänglich festgesetzt war, daß 2. die Leidtragenden beinahe eine Stunde im Schneegestöber auf dem Kirchhof warten mußten, daß 3. der Nachfolger Kristi, das Geld für die Trauung bereits vorher eingezahlt hatte. Alles das unterläßt die „Volkszeitung“ ihren Lesern, weil es auch unter diesen unbefangene genug geben würde, welche die Entrüstung der so wenig rücksichtsvoll behandelten teilen würden. — Setzen wir einmal den umgekehrten Fall; was wäre geschehen, wenn der Herr Geistliche etwa auf ein Dausen oder eine Hochzeit hätte eine Stunde warten müssen? Wir wetten, er hätte die Leute ganz gehörig angeschauzt, auch wenn er zu Hause in der warmen Stube gewartet hätte, wer weiß nicht, ob er überhaupt die Geduld zum Warten gehabt, besonders wenn er etwa von einem Konfrater zum Diner, Eis oder dergl. eingeladen gewesen! Dann würden sich die Herren, wenn die Zahl derer zunimmt, auf die Annehmlichkeiten eines solchen Leichenbegängnisses und die Einsegnung verzichten!

Römischer Weise stellt sich das Blatt so, als wäre uns die ganze Aufmerksamkeit unbenommen. Nein, nichts kann uns lieber sein, als wenn die Gegner möglichst oft das Volk auf uns aufmerksam machen. Den Gewinn daraus ziehen am Ende doch nur wir, wenn auch vorübergehend einige unsichere Kantonsisten uns verloren gehen. Die Hauptsache ist, daß das Volk aufgerüttelt wird, und darum ist es uns schon recht, wenn die „Volkszeitung“ ihre Spalte mit uns füllt, gleichgültig ob das in heiligem Kampfeifer von ihr geschieht, oder

auch aus Mangel an anderem Stoffe. Daß übrigens sich die „Volkszeitung“ am meisten mit dem Kampfe gegen uns beschäftigt und sich dadurch in Widerspruch mit hervorragenden Politikern ihrer Partei stellt, haben wir bloß konstatiert, nicht beklagt, wie der Volkszeitungsschreiber meint, der wol den Hühnerpling hat. Nein unbequem sind sie uns gar nicht, sie sind uns so vielmehr ganz recht.

Sehr schwer wird dem Blatt die Verteidigung des Pfarrers Müller, dessen Flucht an den Meißling im Evangelium erinnert, der seine Schafe treulos verlassen. Sie schiebt die Schuld für die plötzlich ohne Urlaub und ohne Meldung angetretene Vabereise auf den Kulturkampf, der nun doch schon über Jahre zu Ende ist.

Jeder andere Sterbliche hätte dadurch seine Stelle verloren.

Der hiesige sozialistische Arbeiterverein hielt gestern im Saale der Köbeler'schen Brauerei eine ziemlich gut besuchte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag des Vereinsmitgliedes Herrn Oskar Schütz. Derselbe gab in lichtvoller, mehr als einflüchtiger Rede einen Rückblick auf die politischen Ereignisse des Jahres 1890. Nach einer Pause wurde dann dem Kassierer Schleich das Wort erteilt zur Vorlesung der Rechnungsabrechnung vom 3. Quartal des vergangenen Jahres. Die Versammlung erteilte ihm Decharge.

Es erfolgte dann die Neuwahl des Vorstandes. Als erster Vorsitzender wurde gewählt Tischler Giesemann, als stellvertretender Buchbruder May.

Als Kassierer wurde Kühnel, als Stellvertreter Thoma gewählt. Revisoren sind Günzel und Gerhard. Schriftführer Fickner und Heimann. Bibliothekar Burgund und Carlsozel.

Der neue Vorstand übernahm nun auch den Vorsitz der Versammlung. Eine Anregung des Herrn Heilig, seitens des Vereins zum schließlichen Parteitage der Sozialdemokratie einen Vertreter zu entsenden, fand keinen Anklang, nachdem Genosse Schütz darauf hingewiesen, daß das nicht eine Angelegenheit des Vereins sein könne. Es solle nur dafür gesorgt werden, daß die nächsten Sonntag stattfindende Volksversammlung, in welcher die Delegierten für die beiden Breslauer Wahlkreise gewählt werden würden, gut besucht sei. Genosse P. Kühn teilt seine Beobachtungen mit, die er jüngst auf der Friedrich-Wilhelmstraße gemacht. Dort seien massenhaft Flugblätter der Arbeiter-Partei verteilt worden, in denen gegen die Sozialdemokratie und gegen die Juden in der bekannnten schamlosen Art gehetzt wurde. Es sei wunderbar, daß solche Sachen verbreitet werden, da die Verbreitung doch nicht ohne Genehmigung der Polizei geschehen dürfte. Genosse Zahn spricht sodann über die Trunksucht, gegen welche man auch schon unter dem heutigen Systeme manches tun könne, indem er an zwei jüngst gehaltene Vorträge erinnert, bei denen aber eine Diskussion leider nicht gestattet worden sei. Er ermuntert ferner zur regen Beteiligung an den Leseklubs, wenn diese auch mit so viel Schwierigkeiten in der Lokalfrage zu kämpfen hätten. In dem Schlußwort, welches darauf der Genosse Schütz erhält, kritisiert dieser in Anknüpfung an die letzten Worte Zahn's das schmutzige Verhalten der Wirte, welche den Arbeiter durch alle möglichen Mittel heranzulocken, um ihn zu teuren Vergnügungen und Festlichkeiten zu verleiten und die Trunksucht dadurch zu fördern, die aber nicht zu haben sind, wenn die Arbeitervereine ein Lokal brauchen, um sich geistig weiter zu bilden. Es gelte da ein energisches Vorgehen der Arbeiterschaft. Nur solche Wirte seien durch den Besuch zu unterstützen, welche ihre Säle zu Versammlungen oder ihre Lokaleitäten zu Vereinsfestungen hergaben und welche die „Volksmacht“ auslegen. Die Lokalkommission werde in Kurzem eine Liste dieser Lokale veröffentlichen. Der Vorsitzende schloß darauf die Versammlung um 10 1/2 Uhr.

**Stadt-Theater.** Mittwoch: „Die Welt in der man sich langweilt“. Darauf: Einmaliges Gastspiel der Luffängerin Fräulein Preciosa Gregolatis vom Theatre de Chatelet in Paris. Frä. Preciosa Gregolatis wird in einem Ballet-Divertissement folgendes aufführen: 1. Jeux de Voiles; 2. Pas seul; 3. Vols plastiques; 4. Pas de Valse; 5. Les Golombes de Venus. In Deutschland ist Frä. Gregolatis in den Hoftheatern zu Wiesbaden, Weimingen, Darmstadt und Altenburg, sowie im Victoria-Theater zu Berlin und im Theater an der Wien, aufgetreten. — Donnerstag. „Die Walküre“, Oper von Wagner.

**Opertheater.** Mittwoch und Donnerstag: „Sodoms Ende“.

**Residenztheater** Mittwoch und Donnerstag: „Unsere Don Juan“. Freitag: Geschlossen. — Sonnabend: Zum ersten Male: Die Operette „Der Kadiwee“.

**Schwurgericht.** 17. Januar. Vor dem Schwur-

gericht sollte heut gegen den Kaufmann Siegfried Hauptmann und den Kommissar Heinrich Soharzewsky wegen betrügerischen Bankrotts bezw. Beihilfe hierzu verhandelt werden. Vor Eintritt in die Verhandlung stellte jedoch Rechtsanwält Dr. Berkowitz, Verteidiger des Erstangeklagten, den Antrag auf Vertagung. Der Gerichtshof beschloß, die Sache zu vertagen, einerseits zur Bestellung des Bücherrevisors Landsberger als zweiten Sachverständigen, andererseits weil zwei Zeugen, darunter der Hauptbelastungszeuge, nicht erschienen waren. Diese beiden Zeugen wurden wegen des unentschuldigsten Ausbleibens zu je dreißig Mark Geldbuße verurteilt. Die Haftentlassung des Soharzewsky wurde genehmigt für den Fall, daß eine Kaution von 3000 Mark hinterlegt würde. — 19. Januar. Unter der Anklage des Landfriedensbrüches standen vor dem Schwurgericht: Der Arbeiter Josef Teuber, der Kanalarbeiter Otto Diege, der Arbeiter August Schubert, der Arbeiter Paul Urban, der Maler Emil Ruzak, der Anstreicher Max Stanke, der Tapeziergehilfe Alfred Buchsch, der Tapeziergehilfe Emil Hufnagel, der Arbeiter Franz Zimmer. Die Geschworenen sprachen das Schuldig nur gegen Teuber, Schubert und Urban, und der Gerichtshof verurteilte Teuber zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis und zweijährigem Ehrverlust, Schubert zu sechs Monaten Gefängnis und Urban zu drei Monaten Gefängnis. Die anderen sechs Angeklagten wurden freigesprochen.

**Stadtverordneten-Versammlung.** Auf der Tagesordnung der Donnerstag, den 22. d. M., stattfindenden Sitzung stehen hauptsächlich folgende Vorlagen: Ausschufgutachten über die Errichtung neuer Beamtenstellen bei der Sparkasse, über die Feuerwehr-Unterstützungskasse, über Verbreiterung der Rosenerstraße, über den Bebauungsplan der Sandvorstadt, endlich über den Schulhausbau auf dem Kanonenhofe; Kosten der Straßenausschmückung während der vorjährigen Kaiserfeste; Anlegung einer Zufuhrstraße nach dem künftigen Schlachthof auf der Bankholzwiese. — Auf der Tagesordnung für die geheime Sitzung steht ein Antrag auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts.

**Polizeiliche Nachrichten.** Gefunden: eine eiserne Kette, Wert 3 M.; zwei Lederportemonnaies; ein grauer Pelztragen. — Abhanden gekommen: einem Fräulein von der Höfchenstraße ein Notenheft mit sechs Duetten; einer Dame von der Holsteistraße ein braunes Portemonnaie mit verschiedenem Inhalt; einem Schlosserlehrling von der Höfchenstraße ein Paket mit grauer Gummischmür; einer Schülerin von der Feldstraße ein schwarzes Lederportemonnaie mit ca. 13 M.; einer Dame vom Ohlauer Stadtgraben ein Portemonnaie mit ca. 60 M. — Gestohlen: einem Maurerpolier von der Albrechtsstraße aus der verschlossenen Werkstätte ein schwarzer Kammgarnüberzieher; einer Blätterin von der Teichstraße eine silberne Cylinderuhr, eine goldene Kapsel und ein Herrenrod. — Verhaftet vom 17.—19. d. M. 106 Personen.

**Unglücksfälle.** Der Arbeiter Karl Werner aus Friedewalde kam beim Eisabladen zu Fall und erlitt einen Knöchelbruch. — Dem Arbeiter Ernst Werner aus Koberwitz fiel eine große Menge Ziegeln auf die Beine, wodurch ihm der linke Unterschenkel gebrochen wurde. — Der Arbeiter Moiss Stecher aus Pilsnitz schlug beim Holzkleinmachen mit dem Beil fehl und hatte sich die große Zehe des linken Fußes ab. — Der Arbeiter Karl Hubrich aus Polanowitz stürzte von einem Strohschober und zog sich eine bedeutende Quetschwunde am linken Knie zu. — Der Arbeiter Wilhelm Schönball aus Dobrischau wurde von einer Häckelmaschine erfaßt, wodurch er eine große Riswunde am linken Oberschenkel und eine Quetschung am rechten Knie davontrug. — Der auf der Junkerstraße wohnende Gymnasiast Paul Firmitz kam in der Stube so unglücklich zu Fall, daß er sich beide Füße verrenkte. — Alle diese Verunglückten fanden Aufnahme im Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder. — Der auf der Lehmgrubenstraße wohnende Fleischer Robert Kirich wollte eine Leiter, welche vom Heuboden in den Hofraum führte, hinabsteigen, als diese in Folge der Höhe hinab und erlitt bei dem Aufsprall innere Verletzungen und einen Bruch des linken Armes.

**Breslauer Marktbreise vom 20. Januar per 100 Kilogr.**

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst niedr.	höchst niedr.	höchst niedr.	höchst niedr.	höchst niedr.	höchst niedr.
Weizen, weißer	19,80	19,60	19,20	18,70	18,20	17,70
Weizen, gelber	19,70	19,50	19,20	18,70	18,20	17,70
Roggen	17,90	17,60	17,40	17,20	16,70	16,20
Gerste	16,90	16,20	15,80	14,80	14,20	13,20
Hafer	13,60	13,30	13,10	12,90	12,70	12,50
Erbsen	16,80	16,30	15,80	15,30	14,80	13,80

Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter 0,08—0,09—0,10 Mk.  
 Feu 2,20—2,50 Mk. pro 50 Kilogramm.  
 Roggenstroh 21,00—23,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Schlesien.

Zur besonderen Beachtung für den Wahlkreis Reichenbach-Neurode: Die Wahlprüfungs-Kommission hielt am 12. Januar 12 Uhr ihre erste Sitzung nach den Ferien ab. Auf der Tagesordnung stand u. A.: Prüfung der Wahl des Zentrumsabgeordneten Doktor Borsch, Reichenbach-Neurode. Der genannte Abgeordnete wurde erst in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten Th. Meigner mit geringer Mehrheit, 10122 gegen 9748 Stimmen gewählt. Gegen die Wahl liegt ein Protest vor worin Stimmenkauf durch katholische Geistliche und grobe Drohungen von Unternehmern gegen ihre Arbeiter für den Fall, daß Meigner gewählt werden sollte, behauptet werden. Die Kommission beschloß Aussetzung der Entscheidung und Erhebungen über die behaupteten Unregelmäßigkeiten.

In dem Wahlprotest sind seiner Zeit von dem sozialdemokratischen Wahlkomitee in Reichenbach-Neurode für die Protestpunkte eine ganze Reihe von Zeugen genannt worden, diese werden also nun demnachst, es kann allerdings noch Monate dauern, gerichtlich verurteilt und vernommen werden.

Wenn durch die Zeugen die Protestpunkte als wahre festgestellt werden, so wird der Reichstag kaum anders können, als die Wahl für ungültig zu erklären.

Es kommt also alles darauf an, daß die Zeugen sich durch Niemanden und durch nichts abhalten lassen, sondern die volle Wahrheit sagen.

Sagan. Von Herrn Carl Blumentritt aus Sagan, Seminarstraße 56, geht uns ein längeres Schreiben zu, welches sich gegen die Ausführungen richtet, welche in einer der letzten Nummern der „Volkswacht“ von vorigem Jahre und in Nr. 52 der „Nachrichten“ in allzu großer Breite sich mit seiner Person beschäftigen. Seine Verteidigung, die wir weiter unten folgen lassen, scheint der Auffassung, die wir, die Redaktion zuerst von diesem Herrn hatten und welche wir am Anfang Dezember (wenn wir uns recht erinnern) in der „Volkswacht“ und „Nachrichten“ vertraten, durchaus zu bestätigen. Herr Blumentritt schreibt zunächst:

„Daß die Saganer Genossen mir die Führung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Sagan-Sprottauer Wahlkreis zuerkannten, erheißt daraus, daß ich es war, welcher die Anregung zu einer festen Organisation gab, und dieserhalb am 31. März 1889 die erste Arbeiterversamm-

lung zur Gründung eines sozialdemokratischen Fachvereins für Bau- und Fabrikarbeiter einberief. Obgleich mit vielen Hindernissen kämpfend, welche mir von gegnerischen Parteien entgegen gesetzt wurden, brachte ich den Verein dennoch zu Stande. Bei diesem Verein fungirte ich als Schriftführer, bei welchem Amte die meisten Schwierigkeiten zu überwinden sind. In dieser Vertrauensstellung habe ich in jeder Hinsicht nach besten Kräften meine Pflicht und Schuldigkeit getan, was mir wol kein Genosse, welcher mit den Vereinsangelegenheiten nur in entferntester Berührung gestanden, absprechen kann. Im Jahre 1882, als ich meine Ehe an dem Standesamte schloß waren meine pekuniären Verhältnisse noch derartig, daß ich meine Ehe auch noch gegen gutes Honoriren in der Kirche hätte einsegnen lassen können, denn in dieser Zeit verdiente ich, was für die niederschlesischen Verhältnisse viel ist, einen Durchschnittslohn pro Woche Mk. 18,50. Ich unterließ es jedoch, weil es den sozialdemokratischen Tendenzen entgegen gewesen wäre (?). Daß ich Mitglied des Saganer Gewerkevereins gewesen, bestreite ich keineswegs, sondern erlaube mir nur die Nichtigstellung, daß meine Mitgliedschaft zum Gewerkeverein, sowie der Austritt aus demselben weit vor Beginn meiner Agitation für die Sozialdemokratie datirt und der Austritt nur deshalb geschehen ist, weil mir die flachen und einseitigen Bestrebungen des Gewerkevereins nicht zusagten. Von Aufträgen an die Sozialisten kann demnach keine Rede sein, da zu der Zeit überhaupt keine sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Sagan bestand, sondern dieselbe erst durch die von mir anberaumte Versammlung ins Leben trat. Die Colportage der „Schles. Nachrichten“ habe ich niemals gehabt, sondern ich bin nur Abonnent derselben gewesen.

Meine Entlassung aus der Arbeit geschah nur wegen meiner Agitation, was ich zu jeder Zeit im Stande bin, öffentlich zu beweisen. Die Unterstützung, welche ich während meiner zehnwöchentlichen Arbeitslosigkeit erhielt, war im Durchschnitt wöchentlich 4,23 Mk., davon mußte ich natürlich meine Familie erhalten; deshalb ist meine Behauptung, daß dieselbe ungenügend war, vollkommen gerechtfertigt.“

Wir gestatten uns hierzu noch folgende Bemerkungen. Herr Blumentritt scheint hiernach selbst anzudeuten, daß ihn die geringe Höhe der Unterstützung zu seinem überraschend schnellen Parteiwechsel veranlaßt hat. Die Saganer Parteigenossen werden wol so vernünftig sein, den Herrn links liegen zu lassen, und ihm keine Träne nachzuweinen; auch seinetwegen und um seines Charakters willen keine Feder zu rühren. Einen Irrtum wollen wir aber noch richtig stellen. Blumentritt sagt er, habe vor 8 Jahren die kirchliche Einsegnung seiner Ehe unterlassen, weil das sich nicht mit den sozialdemokratischen Tendenzen vertrage. Das ist durchaus verkehrt. Es kann einer alle kirchlichen Gebräuche mitmachen, und sogar alle Tage in die Kirche gehen und doch ein viel besserer Parteigenosse sein, als so mancher, der prahlend mit seinen „atheistischen“ oder „freireligiösen“ Grundsätzen um sich wirft. Denn für die Sozialdemokratie, als eine wirtschaftlich-politische Partei, muß die Religion ihrer Befenner durchaus Nebensache sein. Striegau. Vorigen Sonntag wurde hier wieder ein Versuch gemacht, ein Lokal zur Abhaltung einer Volksversammlung zu erhalten, jedoch vergebens. Einer der Herren Wirte erklärte, daß er sein Lokal gern geben möchte, aber er befürchte Maßregelungen seitens der Behörden, da besonders unser Herr Landrat sehr darauf sehe, daß uns die Lokale verperrt bleiben.

Briefkasten.

Parteitag. Alle Anfragen und Anmeldungen bezüglich des Parteitages sind zu richten an Herrn Oskar Schül, Breslau, Nachodstraße 20.

Wir eruchen die Genossen, alle Briefe nur an die obige Adresse zu senden, damit unnötige Verwirrung und überflüssige Gänge vermieden werden. Das gilt auch bezüglich der Anfragen um Beschaffung von Logis und Mittagessen.

Altwasser. Der 78-jährige Zimmermann hätte doch bei dem Arbeitsgeber, der ihn bis zum 31. Dezember beschäftigte, auch noch die drei Tage, vom 1. bis 3. Januar in Arbeit sein können? Diese 3 Tage hätten als volle Woche gegolten, er hätte eine Quittungsarte bekommen und der Arbeitgeber hätte ihm am Sonnabend den 3. Januar eine Marke einleihen müssen. Diese eine Marke hätte genügt, um seinen Anspruch auf Altersrente völlig zu rechtfertigen. So muß er nun warten, bis er wieder Arbeit bekommt, und sei es für eine Woche. Selbstverständlich braucht das durchaus nicht gerade Zimmerarbeit zu sein. Vielleicht gelingt es ihm leichter, irgendwo anders für kurze Zeit Beschäftigung zu erhalten! Vielleicht würde es auch Erfolg haben, wenn der alte Mann versuchte, mit Berufung auf § 119, da das Arbeitsverhältnis vorübergehend unterbrochen ist, selbst die Beiträge zu entrichten oder durch seine bisherige Arbeitgeber entrichten zu lassen und sich dadurch Ansprüche auf die Altersrente zu erwerben.

1. Ziehung der 4. Klasse 183. Reg. Preuß. Lotterie.

Nur die Gewinne über 210 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigezeichnet. (Ohne Gewähr.)

20. Januar 1891, vormittags.

Table of lottery numbers and prizes, including columns for winning numbers and prize amounts.

Table of lottery numbers and prizes, including columns for winning numbers and prize amounts.

Advertisement for B. Horn, Porzellanmarier, Kahla (Saale) Burgstr. 7. Text includes: 'Pfeifenköpfe, Cigarrenspitzen, Tassen u. s. w. mit hervorragenden Führern der Arbeiter fertig und versendet'.

Advertisement for J. Güttler, Uhrmacher, 42 Breiterstraße 42. Text includes: 'Lager aller Gattungen Uhren, Ketten, Gold-, Granat-, Co'alln-Baaren und Dinge in großer Auswahl mit Garantie zu billigsten Preisen'.

Advertisement for Meyer's Konversations-Lexikon. Text includes: 'neueste Auflage, 17 Bände, billig zu verkaufen bei Stipp, Schulgasse 14a, 2. St.'.

1. Ziehung der 4. Klasse 188. Königl. Preuss. Lotterie.

Nur die Gewinne über 100 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

20. Januar 1891, nachmittags.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers and prize amounts. Example: 10 [500] 109 23 313 49 535 651 818.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers and prize amounts. Example: 208 353 [500] 94 416 533 656 704 988.

Arbeiter kaufen am billigsten in nur reeller Waare bei P. Knopf Gräbischerstraße 25, Ecke Holteistraße, Arbeiterfäden, wie Hamburger Federhosen, Eskimo-Hemden, blaue Blausen, in nur dauerhafter Arbeit.

!! Arbeiter !! kaufen wollene Hemden für 1 Mk. Arbeiterhosen von 2.50-7.- Mk. Goben, Blouzen, Kravaten, Damen- und Kinderkleider reell, dauerhaft und billig nur bei S. Glauer, Friedrichstraße 51, vis-à-vis Kahlstraße. Ein Tischler, welcher das Zuschneiden vom Fachverein übernehmen will, melde sich unter Angabe der Gehaltsansprüche bis zum 20. ds. Mts. schriftlich im Vereinslokal, Heinrichstraße 5.

Socialdemokratischer Lese- und Diskutirkklub „Freiheit!“ Die regelmässigen Mitglieder-Versammlungen finden fortan jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr, in dem Lokal des Herrn Schubert, Striegauer-Platz Nr. 11 (Gasthof „zur Einigkeit“) bestimmt statt. Mitglieder werden noch aufgenommen. — Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Wander-Unterstützungs-Kasse der Töpfer und Berufs-Genossen Breslaus. Sonnabend den 24. d. Mts., Abends 8 Uhr: Ordentliche Mitglieder-Versammlung im Vereins-Lokal, Groschengasse Nr. 15. Um zahlreiches Erscheinen erjucht dringend Der Vorstand.

Lese- und Diskutirk-Club „Solidarität“ Mittwoch, den 21. Januar: „Zusammenkunft“. Tages-Ordnung: 1. Vorlesungen. a) Darwin, b) Die Bestrebungen der Socialdemokratie, beleuchtet vom Herrn Eugen Richters. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes. Der Vorstand. Gäste sind willkommen. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erjucht.

Durch die Expedition der „Schlesischen Volkszeitung“ ist zu beziehen: Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich Preis 20 Pf., geb. 60 Pf. Gewerbeordnung für das Deutsche Reich nebst den Gesetzen über die Beschlagnahme des Arbeitslohnes und die eingeschränkten Hilfskassen. Preis 40 Pf., geb. 80 Pf.

Socialdemokratischer Lese- und Diskutirk-Club C. P. Reinders. Die Zusammenkünfte finden jeden Freitag, Abends 8 Uhr, im Local des Herrn Küster, Lehmwall Nr. 28 (Stadel) statt. Mitglieder werden noch aufgenommen. Gäste haben Zutritt.

Lese- und Diskutirk-Club „Vorwärts“. Die wöchentlichen Zusammenkünfte fallen bis auf Weiteres aus. Ein Vereinslokal für ca. 30 Personen in der Gräbischer Vorstadt wird gesucht. Offerten an die Exp. d. Zig.

Eine Partie Creasleinen, Tischwäsche, Handtücher, Taschentücher, Bettbezüge, Gardinen durch Ersparnis der Ladungsmiethe auffallend billig. H. Riedel, aus Weissen-Grabenfrei jetzt nur Breslau, Schweidnitzerstr. 46, I. Etg. neben Langosch.

Socialdemokratisches Liederbuch von Max Kegel ist wieder vorrätig in der Exped. d. Schl. Volksz.

Die Bestrebungen der Socialdemokratie beleuchtet vom Herrn Eugen Richters. Eine Streitschrift von Kurt Falk. 4 1/2 Bogen stark. Preis 25 Pf. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes. Möbel-Tischlerei und Lager selbstgefertigter Möbel in allen Holzarten. Billigere Ausführung und soliden Preisen empfehlen C. Florian & E. Blase, Tischlermeister. Friedrich-Carlstrasse 13 u. Kupferschmiede-Strasse 11.

Heinrich Heine's sämtliche Werke! elegant gebunden Preis 6 Mark. Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Gruppenbilder der socialdemokratischen Reichstagsfraction 2. Auflage. Preis 75 Pfennige. Bestellungen nehmen alle Colporteurs sowie auch die Expedition dieses Blattes entgegen.